

**Entscheidungsvorschläge zu abwägungsrelevanten Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren****Bezeichnung der Maßnahme:**        **Bebauungsplan Nr. 260 "Südlich Oldenburger Straße" mit baugestalterischen Festsetzungen****Verfahrensang:**                    **Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Auslegung vom 06.01. bis einschließlich 06.02.2017)**

<b>Behörde und Datum des Schreibens</b>	<b>Entscheidungsvorschlag</b>
<p data-bbox="147 715 1173 820"><b>1. <u>Bundesanstalt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Referat Infra I 3, Fontainengraben 200, 53123 Bonn</u></b></p> <p data-bbox="224 863 649 895"><b><u>Stellungnahme vom 22.12.2016</u></b></p> <p data-bbox="224 938 1160 1043">Seitens des Bundeswehr wird mitgeteilt, dass sich das o. g. Plangebiet in einem Jettieffflugkorridor befindet. Soll eine Jettieffflugkorridor ist 10 km breit. Flughöhen von ca. 200 m über Grund sind die Regel.</p> <p data-bbox="224 1086 1160 1225">Die Bundeswehr hat keine Bedenken bzw. Einwände, wenn bauliche Anlagen – einschließlich untergeordneter Gebäudeteile – eine Höhe von 30 m über Grund – hier seitens der Stadt angegeben 1 Vollgeschoss – nicht überschreiten.</p> <p data-bbox="224 1268 1160 1374">Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden.</p>	<p data-bbox="1196 938 2029 1043">Die Hinweise der Bundesanstalt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr werden zur Kenntnis genommen.</p>

<p>Sollte diese Höhe überschritten werden, wird gebeten, in jedem Einzelfall die Planungsunterlagen – vor Erteilung einer Baugenehmigung – zur Prüfung zuzuleiten.</p>	
<p>2. <b><u>Landesamt für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Marienstraße 34, 30171 Hannover</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 04.01.2017</u></b></p> <p>Sofern in den anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenforschung empfohlen wird, macht das LGLN darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, wird um eine entsprechende schriftliche Auftragserteilung gebeten.</p> <p>Im Plangebiet besteht Kampfmittelverdacht. Eine Gefahrenerforschung</p>	<p>Am 19.01.2017 wurde das LGLN beauftragt, Für den erweiterten Geltungsbereich die Auswertung der Luftbilder vorzunehmen. Sofern weitere Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen notwendig werden, werden diese vor der Umsetzung der Planung durchgeführt.</p> <p>In den Planunterlagen wurde zudem bereits der Hinweis aufgenommen, dass sofern bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst in Hannover zu benachrichtigen ist.</p>

<p>wird empfohlen. Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbeseitigung im Planbereich vorliegt.</p>	
<p>3. <b><u>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Lingen, Lucaskamp 9, 49809 Lingen (Ems)</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 05.01.2017</u></b></p> <p>Zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 260 „Südlich Oldenburger Straße“ wird ausgeführt, dass das Plangebiet ca. 130 m nordwestlich der Bundesstraße 70 im Stadtteil Aschendorf liegt. Geplant ist die Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes (WA).</p> <p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 260 der Stadt Papenburg bestehen grundsätzlich keine Bedenken.</p> <p>Hinweis: Von der Bundesstraße 70 gehen erhebliche Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Baulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zum Bebauungsplan Nr. 260 wurde ein Lärmschutzgutachten von einem Fachbüro erstellt. Das Gutachten berücksichtigt den Schienen- und Straßenverkehrslärm.</p>
<p>4. <b><u>Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Nord, Hammerbrookstraße 44, 20097 Hamburg</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 04.01.2017</u></b></p> <p>Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG be-</p>	

<p>vollmächtigtes Unternehmen, nimmt zum o. g. Verfahren wie folgt Stellung.</p> <p>Zu der Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes hat die Deutsche Bahn AG bereits im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB Stellung genommen. Die Gesamtstellungnahme vom 27.06.2016 mit dem Aktenzeichen TÖB-HH-16-6242 behält weiterhin ihre Gültigkeit und ist zu beachten.</p>	<p>Die Stellungnahme vom 27.06.2016 wird beachtet. Siehe hierzu Anlage 2.1, Punkt 3.</p>
<p><b>5. <u>Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling, Geschäftsstelle, Emdener Straße, 26871 Aschendorf</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 11.01.2017</u></b></p> <p>Seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ bestehen gegen den Bebauungsplan Nr. 260 „Südlich Oldenburger Straße“ mit baugestalterischen Festsetzungen unter Berücksichtigung des nachstehenden Gesichtspunktes grundsätzlich keine Bedenken:</p> <p>Der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ ist am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Der Hinweis des Kreisverbandes Aschendorf – Hümmling wird berücksichtigt und der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ wurde am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.</p>
<p><b>6. <u>Landkreis Emsland, Hochbau, Postfach 15 62, 49705 Meppen</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 31.01.2017</u></b></p> <p>Seitens des Landkreises Emsland wird wie folgt Stellung genommen:</p>	

### **Naturschutz und Forsten**

Im Zuge der Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gilt es zunächst, der Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturschutz und das Landschaftsbild gerecht zu werden. Die Beachtung des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 BNatSchG ist für den Vorhabenträger verpflichtend.

Zur Wahrung des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes wird aus naturschutzfachlicher und artenschutzrechtlicher Sicht auch der Erhalt der Baum-/Strauchhecke entlang der Westgrenze des Plangebietes betrachtet. Die Strauch-Baumhecke trägt zur Anreicherung der Landschaft bei und enthält zudem zahlreiche Altbäume, die Höhlen und Spalten für Höhlenbrüter und Fledermäuse aufweisen.

In der Eingriffsbilanzierung sind alle im Plangebiet liegenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzende Biotoptypen in die Eingriffsbilanzierung einzustellen und zu bewerten. Auch Biotoptypen, die unmittelbar an das Plangebiet angrenzen, können z. B. durch die Unterbrechung von Wechselbeziehungen beeinträchtigt werden und somit eine Abwertung erfahren. Nur die Erfassung und Bewertung aller betroffenen Biotoptypen führt zu einer fach- und sachgerechten Eingriffsbilanzierung. Die Forde-

Eine Vermeidung des Eingriffs im Geltungsbereich ist nicht möglich, da in Papenburg noch immer ein Bedarf an Wohnbaugebiet besteht und dieser in direkter Nachbarschaft zu bereits bestehenden Strukturen gedeckt werden soll.

Um die Erschließung der künftigen Wohngebietsfläche sicherzustellen, ist der Ausbau des vorhandenen Weges, einschließlich Auskofferungsarbeiten erforderlich. Im Zuge der notwendigen Arbeiten und der engen Wegeparzelle könnten die Wurzelbereiche der Bäume geschädigt und damit auch die Standfestigkeit der Bäume beeinträchtigt werden. Im Rahmen der erstellten speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) ist die Beseitigung der gesamten Hecke berücksichtigt worden. Unter Berücksichtigung der in der saP aufgeführten Maßnahmen zum Artenschutz, kommt es zu keinen Beeinträchtigungen für die Fauna des Gebietes. Gleichzeitig wird der gesamte Abschnitt der Strauch-Baumhecke, der sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet, im Rahmen der Eingriffsbilanzierung entsprechend berücksichtigt und kompensiert. Dennoch wurde ein Teil der Strauch- und Baumhecke entlang der Westgrenze des Geltungsbereiches erhalten.

Die angrenzenden Biotoptypen GI (Artenarmes Intensivgrünland), GA (Grasacker) und HBA (Baumreihe) werden in die Eingriffsbilanzierung eingestellt und bewertet. Die angrenzenden Biotoptypen erfahren jedoch keine Beeinträchtigung, da sie weiterhin über eine ungestörte Anbindung an die freie Landschaft verfügen und Wechselbeziehungen weiterhin gewährleistet sind. Die Eingriffsbilanzierung wird entsprechend redaktionell ergänzt.

ung gilt in diesem Fall für die Biotoptypen GI, GA und HBA.

Bei der Ermittlung des Eingriffsflächenwertes wird der unbefestigte Weg mit dem Wertfaktor (WF) 1 bewertet. Die Bewertung wird aus naturschutzfachlicher Sicht für zu niedrig erachtet. Die Wertigkeit des Weges i. V. m. der Strauch-Baumhecke ist gegenüber einer reinen Ackerfläche, die i. d. R. mit dem WF 1 bewertet wird, höher einzustufen. Eine Bewertung mit dem WF 2 wird daher als fachgerecht beurteilt.

Die öffentliche Grünfläche (RRB) ist aus der Ermittlung des Kompensationsflächenwertes zu streichen. Das Anlegen eines RRB ist gemäß § 14 BNatSchG ebenfalls als Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu betrachten, da eine Grundfläche in ihrer Gestalt und Nutzung verändert wird und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigt werden können. Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bedürfen gemäß § 15 (2) BNatSchG der Kompensation. Als geeignete Kompensationsmaßnahme ist das RRB naturnah zu gestalten. Aus dem Anlegen und der naturnahen Gestaltung des RRB ergibt sich eine in sich geschlossene Eingriffsregelung, sodass die öffentliche Grünfläche (RRB) nicht noch einmal zur Kompensation des Gesamteingriffs herangezogen werden kann.

Das RRB ist anhand folgender Maßnahmen naturnah zu gestalten:

- 1. Ausbildung einer langgezogenen, vielgestaltigen Uferlinie mit kleinen Buchten und Halbinseln.

Wie im Umweltbericht dargestellt, handelt es sich bei dem Weg um einen Grasweg, der regelmäßig befahren und gemäht wird. Der Weg wurde entsprechend dieser Nutzung mit dem Zusatz „Trittrassen (GRT)“ versehen. Ein derartiger Trittrassen ist gemäß dem Städtetagmodell mit dem Wertfaktor 1 WF zu bewerten. Die angrenzende Strauch-Baumhecke wurde für sich betrachtet und entsprechend ihrer Zusammensetzung und Gestalt dem Wertfaktor 3 WF zugeordnet. Die Bewertung des Weges mit dem Wertfaktor 1 WF erscheint unter Berücksichtigung des anerkannten Städtetagmodells als gerechtfertigt und wird daher beibehalten.

Die Grundfläche im Plangebiet wird in ihrer Gesamtheit hinsichtlich ihrer Gestalt und Nutzung verändert. Die Biotoptypen des Plangebietes werden im Rahmen der Eingriffsregelung in ihrer Wertigkeit entsprechend ihrer heutigen und künftigen Nutzung gegenübergestellt. Vor dem Hintergrund, dass ein naturfernes Staugewässer oder auch ein Stillgewässer in einer Grünanlage gemäß Städtetagmodell mit einem Wertfaktor von 2 WF zu bewerten ist, erscheint die Bewertung mit dem Wertfaktor 3 WF für das Regenrückhaltebecken im Geltungsbereich unter Berücksichtigung der im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen zur naturnahen Ausgestaltung nachvollziehbar und gerechtfertigt. Die Bewertung der öffentlichen Grünfläche (Regenrückhaltebecken(RRB)) wird daher beibehalten.

Die Punkte 1, 2, 4, 6 und 7 zu der Ausgestaltung des RRB sind bereits in den Planunterlagen enthalten. Die Gewährleistung der Besonnung des RRB (Punkt 3) und das Anlegen mindestens eines Tiefwasserbereiches (Punkt 5) werden in der Begründung

- 2. Gestaltung wechselnder Böschungsneigungen mit einem unregelmäßigen Relief und einer rauen, unlinierten Oberfläche (kein Feinplanum) .
- 3. Gewährleistung einer ausreichenden Besonnung des RRB, d. h. keine Gehölzanpflanzungen in den Uferbereichen außer im Bereich des Nordufers.
- 4. Ausformung von Flachuferbereichen mit einer Böschungsneigung von 1 : 10 im Bereich des Nordufers.
- 5. Anlegen mindestens eines Tiefwasserbereiches (Anzahl abhängig von Gewässergröße), in dem sich längerfristig Wasser sammeln kann.
- 6. Schaffung eines leichten Reliefs in der Gewässersohle durch Auschieben kleiner Mulden.
- 7. Ausweisung eines mindestens 5 m breiten Gewässerrandstreifens, auf der sich eine standortgerechte Vegetation ansiedeln und entwickeln kann.

Der Biotoptyp FGR (Graben) ist bei der Ermittlung des Kompensationsflächenwertes um einen Wertfaktor abzuwerten, da der Graben und seine umliegenden Flächen durch die Bauleitplanung überformt werden. Der Graben kann seine Funktion als Wanderkorridore, Kleinlebensraum oder Standort aquatisch, semiaquatisch, aber auch terrestrisch gebundene Tier- und Pflanzenarten nur noch bedingt erfüllen.

ergänzt. Die Einhaltung der Punkte 3 und 5 werden bei der Durchführung der Maßnahme berücksichtigt.

Der Biotoptyp Graben (FGR) wird auf den Wertfaktor 2 WF abgewertet. Die Ermittlung des Kompensationsflächenwertes wird entsprechend geändert. Das Kompensationsdefizit ändert sich dadurch geringfügig.

Der dauerhafte Erhalt der entlang der südlichen Plangebietsgrenze verlaufenden Strauch-Baumhecke ist zu gewährleisten. Ein Missbrauch als Entsorgungsfläche für Grünabfälle, als Lagerstätte für Kaminholz, Baumaterialien etc. oder als Freizeitareal (Grillplatz, Kinderspielplatz) gilt es, unter allen Umständen zu verhindern. Eine regelmäßige Kontrolle wird vorausgesetzt. Aus naturschutzfachlicher Sicht kann der dauerhafte Erhalt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Strauch-Baumhecke nur über vertragliche Vereinbarungen mit den zukünftigen Grundstückseigentümern erreicht werden.

Die externe Kompensationsmaßnahme zur Kompensation des ermittelten Kompensationsdefizits ist im Sinne einer transparenten und nachvollziehbaren Eingriffsbilanzierung in ihrer Art und Lage konkret zu benennen und zu bewerten.

Ist nach Abwägung der naturschutzfachlichen Belange eine Beseitigung der in der saP als Höhlenbrüterhabitate und/oder Fledermausquartiere identifizierten Altbäume unumgänglich, sind die in der saP genannten CEF-Maßnahmen in der vorgegebenen Art und dem vorgegebenen Umfang umzusetzen.

#### Brutvögel

- Beachten der Brut- und Setzzeiten (01.04. bis 15.07.) im Falle unumgänglicher Beseitigungen von Bäumen.
- Je gefällttem Bruthöhlenbaum (Laubbäume ab >30 cm Stammdurch-

Die Strauch-Baumhecke am südlichen Rand des Plangebietes ist als Grünfläche mit Bindung für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern festgesetzt. Zudem sind die Wurzelbereiche als Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, festgesetzt. Der Bebauungsplan ist eine Satzung der Stadt, die von den jeweiligen Bauherren zu berücksichtigen ist und im Rahmen der Baugenehmigung bzw. Bauanzeige Niederschlag findet. Ferner werden die aufgeführten Hinweise zur Strauch- und Baumhecke zusätzlich in den Kaufverträgen aufgeführt.

Die Kompensation des ermittelten Kompensationsdefizits wird über das Ökokonto der Stadt Papenburg ausgeglichen. Die Maßnahmen aus dem Ökokonto wurden bereits umgesetzt. Hier stehen derzeit noch genügend Werteinheiten zur Verfügung, um das verbleibende Defizit kompensieren zu können. Ziel und Zweck eines Ökokontos ist es, zusammenhängende Kompensationsflächen zu entwickeln. Eine Zuordnung der einzelnen Maßnahmen zu den konkreten Planungen ist daher nicht möglich.

Die nebenstehenden Hinweise zu den Brutvögeln und Fledermäusen werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.



messer Brusthöhe) sind nach Vorgabe der saP zwei artgerechte Höhlenbrüternistkästen an geeigneten Stellen anzubringen.

#### Fledermäuse

- Beachten des in der saP genannten Zeitfensters im Falle unumgänglicher Beseitigungen von Bäumen (Oktober bis März)
- Entgegen der Vorgabe der saP, je gefällttem Quartierbaum (Altbäume > 30 cm Stammdurchmesser Brusthöhe) zwei Fledermauskästen an geeignete Stellen (direkter Umgebung) aufzuhängen, wird dringend empfohlen, die Abschnitte der Baumstämme, die Quartiere enthalten, herauszuschneiden und an geeigneten Stellen aufzuhängen. So können die natürlich entstandenen Quartiere erhalten werden. Erfahrungen aus der Praxis lassen den Schluss zu, dass Fledermäuse derartige Quartiere bevorzugen. Die Zahl der Quartiere bleibt unverändert. Hier ist der gleiche Kompensationsansatz wie bei den Brutvögeln (Höhlenbrütern) anzusetzen.

Die Zahl der gefällten Bäume ist zu protokollieren.

Der Umfang der CEF-Maßnahmen ist anhand des „Fällprotokolls“ zu ermitteln.

Das Umsetzen der CEF-Maßnahmen ist in Art, Lage und Umfang anzuzeigen.

Die sich aus der saP ergebenden CEF-Maßnahmen sind im Vorfeld der Bauleitplanung umzusetzen.

## **Wasser und Bodenschutz, Abfallwirtschaft**

### **Wasserwirtschaft**

Die Niederschlagswasserbeseitigung kann auf Grundlage der eingereichten Unterlagen nicht abschließend beurteilt werden.

Laut Planungsunterlagen sollen erforderliche Genehmigungen und/oder Erlaubnisse eingeholt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass Erfordernisse der Wasserwirtschaft Einfluss auf die Gestaltung des Plangebietes und die Flächenverfügbarkeit haben können. Deshalb ist es notwendig, wasserrechtliche Verfahren bis zur Entscheidungsreife voranzubringen, bevor die Bauleitplanung verabschiedet werden kann.

### **Brandschutz**

Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes sind bei der Ausführung wie folgt zu beachten:

- Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.
- Für das geplante Gebiet ist eine Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass eine Löschwassermenge von 48 m<sup>3</sup>/h (über 2 Stunden) zur Verfügung steht (Durchmesser der Leitung mindestens 100 mm).
- Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Stadtbrandmeister festzulegen.

Die erforderlichen Genehmigungen und/ oder wasserrechtlichen Erlaubnisse werden rechtzeitig beim Landkreis gestellt.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes wurden mit dem Stadtbrandmeister der Stadt Papenburg abgestimmt.

<p><b>7. <u>Avacon AG, Watenstedter Weg 75, 38229 Salzgitter</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 19.01.2017</u></b></p> <p>Die Avacon AG führt aus, dass sich im Anfragebereich keine Versorgungsanlagen von Avacon AG / Purena GmbH / WEVG GmbH &amp; Co. KG / HSN GmbH Magdeburg befinden.</p> <p>Es wird um Beachtung gebeten, dass die Markierung dem Auskunftsbereich entspricht und dieser einzuhalten ist: 26871 Papenburg OT Aschendorf, Oldenburger Straße.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass im o. g. Auskunftsbereich Versorgungsanlagen liegen können, die nicht in der Rechtsträgerschaft der oben aufgeführten Unternehmen liegen.</p>	<p>Die Hinweise der Avacon AG werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p><b>8. <u>Deutsche Telekom Technik GmbH, Technik Niederlassung Nord, PTI 12, Hannoversche Straße 6 – 8, 49084 Osnabrück</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 03.02.2017</u></b></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung wird wie folgt Stellung genommen:</p>	<p>Die Hinweise der Deutschen Telekom Technik GmbH werden zur Kenntnis genommen und bei der Durchführung der Planung berücksichtigt.</p>

<p>Es wird auf die Stellungnahme vom 30.06.2016 verwiesen und keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorgebracht.</p> <p>Es wird darum gebeten, die Deutsche Telekom Technik GmbH zu der Baubesprechung mit den Versorgungsbetrieben einzuladen. Die Telekom ist dann gerne bereit, einen Mitarbeiter zu der Besprechung zu entsenden.</p>	
<p><b>9. <u>Wasserverband Hümmling, Postfach 12 58, 49754 Werlte</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 31.01.2017</u></b></p> <p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine Bedenken.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der Hinweis zur fachgerechten Trennung der Trinkwasserinstallation von einer evtl. zusätzlichen Grauwassernutzung bis zur jeweiligen Verwendungsstelle (Begründung zum Bebauungsplan S. 10, Ziffer 7 „Ver.- und Entsorgung“ auch entsprechend bei einer zusätzlichen Regenwassernutzung im Haushaltsbereich (Toilettenspülung, Wasser für die Waschmaschine) zu berücksichtigen und einzuhalten ist.</p>	<p>Der Hinweis des Wasserverbandes Hümmling wird zur Kenntnis genommen und in der Begründung des Bebauungsplanes unter Ziffer 7 ergänzt.</p>

**Verfahrensgang:**

**Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 06.01. bis einschließlich 06.02.2017**

**Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingereicht.**